

**Momentum 2010 - Solidarität**

**Track 8**

**Beitrag zum Thema:**

**Öffentlich-rechtliche Medien und der österreichische Staat  
Eine historisch-systemische Betrachtung**

**Dimitri Prandner**

[dimitri.prandner@24speed.at](mailto:dimitri.prandner@24speed.at)

**Schlagworte:**

Politische Soziologie, Kommunikationswissenschaften, Systemtheorie, BeobachterIn zweiter Ordnung, Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

**Inhaltsverzeichnis:**

1. Einleitung .....	2
2. Die Ausgangslage: Das öffentlich-rechtliche Mediensystem und die Politik.....	3
3. Die Mediennutzung in Österreich .....	5
4. Zum Begriff der Öffentlichkeit und zur Kommunikation von Politik und Massenmedien? .	6
5. Österreichs Weg zu den Medienpolitikern.....	8
6. Die erneuten Stärkung des politischen Einflusses.....	12
7. Ergebnis der historischen Analyse und mögliche Begründungen.....	14
8. Literatur und Quellenverzeichnis .....	17

**Abbildungsverzeichnis:**

Abbildung 1: Die Öffentlichkeit als Beobachterin der Systemkommunikation	Seite 8
Abbildung 2: Verlauf der Systemkommunikation, die zum Rundfunkvolksbegehren führte	Seite 11
Abbildung 3: Derzeitige Situation der Systemkommunikation	Seite 14

## 1. Einleitung

Österreichs Mediensystem, welches zu weiten Teilen nach dem zweiten Weltkrieg unter staatlichem Einfluss geschaffen wurde, befindet sich in einer Krise. JournalistInnen, PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen diskutieren diesen Bestand seit Jahren in einer offenen Debatte. Dies geschieht vor dem Hintergrund einer zunehmenden Verschränkung von Information, Partizipation und politischen Aktionen mit den Systemen der Massenmedien, wodurch die Politikvermittlung in den letzten Jahrzehnten grundlegend verändert wurde. Konsequenz daraus ist, dass die Politik- als auch Kommunikationswissenschaften oftmals den Fakt behandeln, dass die Mediatisierung Politik als solche erreicht hat, während die Thematik des Rundfunks als „vierte Säule der Staatsgewalt“ zunehmend hinterfragt wird (vgl. Filzmaier et al., 2006: 7f). Politik und Medien treten bei diesen Prozessen als Systeme in Erscheinung, die dabei einer zunehmenden Selbstreferenzialität unterworfen zu sein scheinen (vgl. ebd.). Somit wird auch die Frage relevant, wie Politik und Medien aufeinander bezogen sind (Karmasin, 2006: 108)?

In den folgenden Ausführungen sollte in Anlehnung an führende österreichische Politik- und Medienforscher (u.A. Plasser, Filzmaier) eine systemtheoretisch geleitete, historische Betrachtung der Systeme und ihrer Beziehung stattfinden, die einen an Luhmann orientierten Öffentlichkeitsbegriff nutzt. So sollte die Frage beantwortet werden, welche Rolle die österreichische, mediale Öffentlichkeit in dem Spannungsverhältnis zwischen Medien und Politik einnimmt.

Dazu wird zu Beginn die Ausgangslage dargestellt und die derzeitige Lage des öffentlich-rechtlichen Mediensystems. Es folgt eine Darlegung der Reichweite der öffentlich-rechtlichen Massenmedien in Österreich und der systemtheoretischen Grundannahmen, die genutzt werden, um einen Bezugsrahmen für die Rolle der Öffentlichkeit in der historischen Entwicklung von Österreichs Mediensystem zu schaffen.

Darauf aufbauend wird die geschichtliche Entwicklung der Interaktion von Politsystem und Massenmedien dargelegt und die Rolle der Gesellschaft bei diesen Prozessen analysiert. Abschließend werden Ergebnisse und Erklärungsansätze vorgestellt.

## 2. Die Ausgangslage: Das öffentlich-rechtliche Mediensystem und die Politik

Zur Bearbeitung des Themengebiets der Medienlandschaft Österreichs und ihre Verknüpfung mit dem politischen System, muss die die Bedeutung des öffentlich-rechtlich organisierten Rundfunks und dessen Organisationsform, die zwischen Privatunternehmen und staatlicher Institution liegt, besprochen werden. Eine Definition dafür findet man bei Weis (2007):

„Der Staat regelt in einem eigenen Gesetz die Beziehungen in einem Unternehmen, an dem öffentliches Interesse besteht und das ansonsten privatwirtschaftlich arbeiten soll, er gibt Rahmenbedingungen vor, erteilt Auflagen, definiert Pflichtleistungen (Programm- und Versorgungsauftrag) und gewährt im Gegenzug Privilegien (z.B. das Recht auf Gebühren) – in das operative Geschäft mischt er sich aber nicht ein, das ist die Grundidee.“

Gerhard Weis (2007: 105)

Während dieses Modell beispielsweise für das ursprüngliche Vorbild in Form des britischen BBC bis heute funktioniert, ist zu beobachten, dass sich der ORF in einem Zustand der Krise befindet: Blickt man die österreichischen Tages- und Wochenzeiten stellt man fest, dass sich die Organisation in einer Finanzierungs- und Glaubwürdigkeitskrise und auch einer Krise auf der Suche nach dem eigenen Sinn befindet. Der österreichische öffentlich-rechtliche Rundfunk muss sich in einer permanent ändernden Medienwelt den Herausforderungen stellen, die zwischen marktorientierter Quotenjagd und gesetzlich definiertem Programmauftrag – der sicherstellen sollte, dass das Programm des ORF prägend für die Entwicklung, Bildung und Einstellungen der Bevölkerung ist und nicht nur zur Unterhaltung dient – liegen (vgl. Weis, 2007: 106f). Zusätzlich ist eine Professionalisierung der Politikvermittlung erkennbar, da das politische System, allen voran die politischen Parteien, mittels PR-ManagerInnen, MedienberaterInnen und „Spin-DoktorInnen“ Einfluss in den Medien gewinnen möchte. Dies zeigt sich auch darin, dass diese konstant wachsende Anteile der Parteibudgets für Öffentlichkeitsarbeit und Medienberatung ausgeben (vgl. Filzmaier, 2007: 16ff). Auf Seiten der Massenmedien muss dahingehend immer weiter eingespart werden und die Anzahl politischer JournalistInnen geht immer weiter zurück. Somit gewinnt die Frage nach der parteipolitischen Unabhängigkeit starke Bedeutung und es gibt regelmäßig Anlass, die Situation einer der tragenden Säulen des Systems österreichischer Massenmedien zu hinterfragen (vgl. ebd.). Denn auch der ohnehin unter Kritik stehende ORF kann immer

weniger Ressourcen für politische Berichterstattung aufbringen, während er einem engen Regelsystem untersteht, das durch das politische System determiniert ist. Konsequenz daraus sind sehr hohe Wettbewerbsausgaben, die durch die öffentliche Hand gedeckt werden sollten, sowie die Gefahr, dass Manipulationsversuche durch politische Akteure und Institutionen durchgeführt werden (vgl. Filzmaier, 2007: 20).

Der zuvor angesprochene Programmauftrag sieht vor, dass neben kulturellen und gesellschaftlichen Aufgaben, auch die Kommunikation von politisch relevanten Inhalten durchgeführt wird. Dabei wird von Seite der Gesetzgebung verlangt, dass eine neutrale und sachliche Kommunikation stattfindet und es wird auch im Rechtssystem sichtbar, dass eindeutige und untrennbare Verknüpfungen zwischen dem politischen System und dem dominierenden Massenmedium vorhanden sind. Diese Verbindungen sind als so stark anzusehen, dass sie konkreter gesetzlicher Regelung bedürfen (RiS, 2010: Fundstelle Bundesgesetzblatt Nr. 50/2010; Orf-G §4)<sup>1</sup>. Aufgrund dieser prekären Situation ist es jedoch überraschend, dass in Österreich keine unabhängigen Kontrollinstanzen existieren, die diesen Programmauftrag überprüfen und sicherstellen, dass der ORF seine staatliche Finanzierung zur Einhaltung dieses gesellschaftlichen Auftrags nutzt (vgl. Käfer, 2008: 16f). Erst im Jahr 2009 kam der Vorschlag eine weisungsfreie Kontrollinstanz zu schaffen. Diese sollte zukünftig durch die seit 2001 existierende Medienbehörde KommAustria gestellt werden. Problematisch bei diesem Ansatz ist jedoch, dass die Mitglieder dieser Instanz bei tatsächlicher Einführung durch die Regierung bestellt werden würden, auch wenn sie keine politischen Funktionen innehaben dürften. Dieser Vorschlag wird auch in Hinblick auf weitere Reformen des ORF-Gesetzes relevant und könnte bei Umsetzung dem politischen System weitere Kontrolle über die Sendergruppe geben (vgl. „Die Presse“, 16.12.2009 (2) und RiS, 2010: Fundstelle: Bundesgesetzblatt Nr. 134/2009).

Genau hier ist die Kritik über den staatlichen Einfluss auf den ORF nicht verstummt, der zuvor im Rahmen eines legitimen Verdachts artikuliert wurde. Als ORF-Reporter Armin Wolf am 17.05.2006 den „Robert Hochenauer“-Preis verliehen bekam, kritisierte er in seiner Rede, dass „die nahezu hemmungslose Einflussnahme der Politik auf den ORF [...] natürlich kein neues Phänomen ist“ (SOS ORF, 2009 (3)). Die Diskussion über die Möglichkeiten des ORF, seine Aufgaben zu erfüllen, wird somit auch aus der Betrachterperspektive immer

---

<sup>1</sup> Angaben entnommen: RTF Rundfunk- und Telekom Regulierungs-GmbH, 2010: <http://www.rtr.at/de/rf/ORF-G#z3>; Aufruf am: 11.09.2010

tiefgreifender. Die Gründung der Organisation „SOS ORF“ (im Jahr 2006) und der Plattform „Rettet den ORF“ (im Jahr 2009) durch VertreterInnen des Mediensystems, belegen dies. Der Umkehrschluss aus dieser Entwicklung ist aber, dass Wolfs Appell nicht ausreichend war, um die Entwicklung zu stoppen.

### 3. Die Mediennutzung in Österreich

Durch ihre Verbreitung und starken Nutzungswerte können moderne Massenmedien in immer kürzeren Zeitabständen und mit sehr großer Reichweite Verhaltensmerkmale und auch Weltbilder vermitteln. Dabei ist in den meisten Gesellschaften ein Leitmedium tragend, das für die Konstruktion der „Wirklichkeit“ eben dieser dominierend ist. Rager et al. argumentierten 1999 (vgl. 70f), dass das Fernsehen in der wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Debatte als das prägende Leitmedium für die Gesellschaft definiert werden muss. Auch heute, elf Jahre später, wird diese Aussage im österreichischen Raum bestätigt, wenn man die Ergebnisse einer ORF-Studie aus dem September 2008 betrachtet, die das Marktforschungsinstitut TNS Infratest erstellt hat. Diese konnte ausweisen, dass Fernsehen mit einer Grundgesamtheit von 6.583 Millionen NutzerInnen im Alter von über 14 Jahren das dominierende Massenmedium darstellt. Damit liegt es noch immer vor dem World Wide Web, das 2008 „nur“ 4.780 Millionen NutzerInnen zu verzeichnet hatte (vgl. Motive Fernseh- vs. Internet-Nutzung, 2008: 1).

Aber diesen beeindruckenden Reichweitenwerten des Fernsehens stehen jedoch weitere erhobene Daten gegenüber. Während die passive Nutzungszeit des Fernsehens bis 2008 angestiegen ist und bei 243 Minuten pro Tag gipfelte, kann man seit dem Jahr 2005 einen permanenten Schwund an TV-Nutzungszeiten feststellen. So hatte sich die durchschnittliche, tägliche, aktive TV-Nutzung von 2000 bis 2005 von 148 auf 166 Minuten erhöht, aber im Zeitraum bis 2008 ist ein Negativtrend festzustellen und es wurde in diesem Jahr nur noch ein Durchschnittswert von 156 Minuten pro Tag erreicht. Betrachtet man bei dem Medium Fernsehen nur das ORF-Angebot, erkennt man einen noch stärkeren Abfall. Die Nutzungszeit der Sendergruppe ging von 84 Minuten im Jahr 2000 auf 66 Minuten im Jahr 2008 zurück (vgl. Medienforschung ORF, 2010 (1)<sup>2</sup>).<sup>3</sup>

---

<sup>2</sup> Anmerkung: Sämtliche in dieser Arbeit genutzte Html-Weblinks wurden fortlaufend nummeriert. Die genauen URLs und Titel der genutzten Unterseiten sind im Literaturverzeichnis unter den jeweiligen Nummern zu finden.

## 4. Zum Begriff der Öffentlichkeit und zur Kommunikation von Politik und Massenmedien

Der systemische Begriff der Massenmedien nach Luhmann, auf den sich dieses Paper beziehen sollte, beschreibt nur ein Medium, „das Formbildungen ermöglicht, die dann, anders als das Medium selbst, die kommunikativen Operationen bilden, die die Ausdifferenzierung und die operative Schließung des Systems ermöglichen“ (Luhmann, 2004: 11). Das bedeutet, Massenmedien können je nach gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen und vorhandenen technologischen Möglichkeiten die unterschiedlichsten Formen annehmen. Dabei kann die Autopoiesis des Systems nur vollzogen werden, wenn sichergestellt ist, dass die gesendeten Botschaften die Möglichkeit zur Anschlusskommunikation bieten und dazu ist es notwendig, dass die Massenmedien durch ihre Operationen eigenständig anhand ihrer Leitdifferenz „Information“ und „Nicht-Information“ codieren können. Wird die Information durch andere Systeme verfälscht, wird die weitere Existenz als eigenständiges System, das seine gesellschaftliche Rolle erfüllen kann, gefährdet. Dadurch entscheiden sie welche Inhalte sie transportieren und zum Anschluss für die gesellschaftliche Kommunikation der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen (vgl. Luhmann, 2004: 34f).

Diese Idee schafft wiederum die Grundlage für die Doppelsinnigkeit des Ausdrucks „Realität der Massenmedien“. Die erste Realität der Massenmedien ist das Realitätsbild, das die Massenmedien durch ihre eigenen Operationen schaffen und dann aussenden. Luhmann bezeichnet dies als die „reale“ Realität der Massenmedien, da es Information ist, die aus den eigenen Operationen des Systems besteht und zum Konsum gesendet wird. Die zweite Realität der Massenmedien entsteht durch eine Beobachtung zweiter Ordnung. Es wird die Realität, die durch die Massenmedien (und ihre technischen Limitierungen) rekonstruiert wird, von der Gesellschaft beobachtet und verarbeitet (vgl. Luhmann, 2004: 13ff). Die Gesellschaft an sich wird aber genauso durch die Massenmedien beobachtet. Es kommt also zu einer Realitätsverdoppelung. Massenmedien haben also nicht nur die Fähigkeit über sich selbst oder andere zu kommunizieren und dabei zwischen Selbst- und Fremdreferenz zu unterscheiden, sondern sind in einem wechselseitigen Beobachtungsprozess gefangen, in dem

---

<sup>3</sup> Bei diesen Werten ist zu beachten, dass zwischen Verweil- und Sehzeit unterschieden wird. Die Verweildauer stellt die Zeitspanne dar, die Personen in einem Raum mit einem laufenden TV-Gerät verbringen, die Sehzeit hingegen erfasst den Zeitraum, der aktiv und bewusst mit der TV-Nutzung verbracht wird. (vgl. Medienforschung ORF, 2010 (1))  
Die genutzten Daten wurden von Medienforschung ORF übernommen und sind unter [http://mediaresearch.orf.at/c\\_fernsehen/console/console.htm?y=1&z=2](http://mediaresearch.orf.at/c_fernsehen/console/console.htm?y=1&z=2) abzurufen; die Werte sind durch ATT/GfK Teletest erhoben worden und nutzen die österreichische Bevölkerung in TV-Haushalten ab 12 Jahren als Grundgesamtheit.

sie die Reaktionen der Gesellschaft, die Massenmedien konsumiert, interpretieren müssen und in ihren zukünftigen Operationen berücksichtigen (vgl. ebd.).

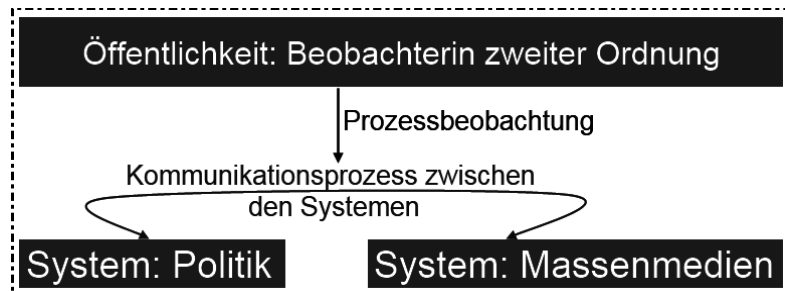
Dabei stellt der Begriff der „Öffentlichkeit“ in diesem Kontext die Gesamtheit der möglichen EmpfängerInnen der codierten massenmedialen Botschaften dar, die diese in ihr Realitätsbild aufnehmen können. Die Politik wird beobachtet und sollte sich auch beobachtet fühlen. Dadurch wird Streit sichtbar und Autorität eingeschränkt. Eine Öffentlichkeit jenseits der Politik kann somit Macht gewinnen (vgl. Luhmann, 1999: 20f). Es ist also eine zentrale Aufgabe der Medien, eine Öffentlichkeit zu konstruieren und durch Ermächtigung Individuen die Möglichkeit zu geben außerhalb ihrer individuellen Erfahrungswelt zu agieren (vgl. Duffek, 2007: 37).

Dabei wird mit dieser Ermächtigung nicht Konsens innerhalb einer Öffentlichkeit geschaffen, sondern das Ziel verfolgt, Widersprüchlichkeiten zu betonen, um somit die politischen Akteure dazu zu zwingen, eine Position einzunehmen. Aus diesem Prozess heraus entsteht das Konstrukt der „öffentlichen Meinung“. Diese ist das Ergebnis des gesellschaftlichen Prozesses, die unterschiedlichen Botschaften der Bevölkerung für das politische System fassbar zu machen. Dadurch sind die Grundbedingungen für ein Basiskommunikationsmittel zwischen der Öffentlichkeit und der Politik gegeben. Erst so wird es möglich, über die Massenmedien Botschaften bezüglich demokratischer Prozesse und Entscheidungen zurück an die Öffentlichkeit zu tragen (vgl. Luhmann; 1999: 20ff).

Bei der Konzeption der Massenmedien in der Systemtheorie an sich kann niemals eine Interaktion zwischen Sender und Empfänger, also der Öffentlichkeit, stattfinden. Es besteht nur die Möglichkeit des Sendens von Informationen, die wiederum von dem empfangenden System interpretiert werden müssen (vgl. Luhmann 2004: 11f). Die Medien sind aber in diesem Prozess weder für Politik noch Öffentlichkeit als passive VermittlerInnen von Informationen anzusehen. Sie sind ein (Teil-)System geworden, „ohne das Politik und Gesellschaft für ihre Selbst- und Fremdbeobachtung nicht mehr auskommen“ (Sarcinelli, 2004: 225f). Dieses System leistet eigene Interpretationsarbeit und bietet die Grundlage der wechselseitigen Beobachtung durch die zuvor beschriebene mediale Öffentlichkeit (vgl. Kamps, 2006: 202f). Duffek (2007: 37) führt diese Aussage damit weiter, dass „entwickelte Demokratien eine entwickelte Öffentlichkeit benötigen“. Dabei entsteht jedoch ein blinder Fleck in der Betrachtung: Massenmedien konstruieren zwar Öffentlichkeit, die im Idealfall

zur Feststellung und Artikulation ihrer Bedürfnisse fähig ist, wie von Duffek (vgl. 2007: 38) beschrieben wird, aber keine zwangsläufig politisch interessierte und integrierte.

Zusätzlich zu diesem Problem ist noch festzustellen, dass in Österreich aus Sicht des politischen Systems wenig bis kein Interesse bestand, eine vielfältige, kritische politische Öffentlichkeit entstehen zu lassen, die auch eine vielfältige, dem politischen System entzogene, Medienlandschaft benötigt hätte (vgl. Duffek, 2007: 38f). Dies hätte dem Staatsgeist der Nachkriegszeit widersprochen, der versuchte durch Proporz und starken parteipolitischen Zugriff auf die Gesellschaft eine „Hyperstabilität“ des politischen Gefüges zu erreichen (vgl. ebd.). Das damalige Ziel des politischen Systems war es, die dauerhafte Versöhnung der unterschiedlichen politischen Lager zu erreichen, nachdem sich Sozialdemokraten und Christlichsoziale in den 1920er und 1930er Jahren nicht nur politisch, sondern auch mit Hilfe paramilitärischer Organisationen und in einem Bürgerkrieg bekämpft hatten, wie Rathkolb (vgl. 2005: 367f) schreibt. Der Frieden zwischen der SPÖ und ÖVP half beim Entstehen demokratischer Strukturen, die verfestigt werden mussten und nicht durch ungünstige massenmediale Darstellung gefährdet werden durften (vgl. Rathkolb, 2005: 368).



**Abbildung 1: Die Öffentlichkeit als Beobachterin der Systemkommunikation**

So stellt sich aufgrund dieser Aussagen die Frage, ob man davon ausgehen muss, dass sich die österreichische, mediale Öffentlichkeit in ihrer Rolle als Beobachterin zweiter Ordnung nicht für den Bestand einer unabhängigen öffentlich-rechtlichen Berichterstattung einsetzte?

## 5. Österreichs Weg zu den Medienpolitikern

Um die Rolle und die Möglichkeiten einer Öffentlichkeit in diesem Kontext zu erfassen ist eine historische Analyse der Entwicklung des österreichischen Fernsehens notwendig. Dabei



war bis Mitte der 1960er Jahre die politische Kommunikation in einer pre-modernen Praxis verankert, die vor allem auf Printmedien setzte (vgl. Plasser & Lengauer, 2010a: 20f). Aber es wurde der Aufstieg neuer, rundfunkbasierter Massenmedien durch die BeobachterInnen aus dem politischen System wahrgenommen und sichergestellt, dass die Handlungsmöglichkeiten des neuen Massenmediums nach den Bedürfnissen der Politik ausgestaltet wurden. Die Struktur des frühen österreichischen Rundfunks war somit von dem damals üblichen Proporzgedanken geprägt. Die daraus hervorgegangenen Richtlinien waren dabei für unbeeinflusste Informationscodierungen denkbar schlecht. Eine politische Öffentlichkeit als Empfängerkreis, wie zuvor nach Luhmann beschrieben, war zu diesem Zeitpunkt noch nicht ausdifferenziert, war doch die Medienlandschaft der frühen Nachkriegszeit vor allem durch Parteipresse dominiert (vgl. Rathkolb, 2005: 225ff). Die Beobachtung zweiter Ordnung des Kommunikationsprozesses zwischen politischem System und dem Komplex des Mediensystems war fast unmöglich. Nach Filzmaier (vgl. 2006: 46) muss man von der Instrumentalisierung der staatlich kontrollierten Rundfunkmedien durch das politische System sprechen.

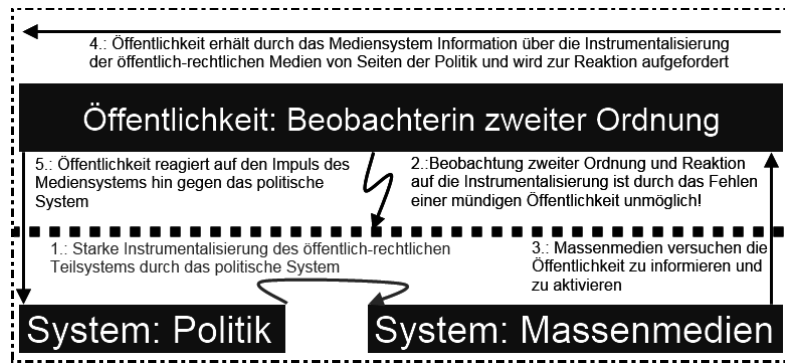
Dennoch existierte die Möglichkeit der Selbstbeobachtung für die restlichen Subsysteme des massenmedialen Systems, da die unabhängige Presse eine weniger starke strukturelle Kopplung mit dem politischen System aufwies als der öffentliche Rundfunk und die Parteipresse. Die unabhängige Presse gewann im Verlauf der 1950er Jahre immer mehr an Bedeutung und konnte sich Marktanteile erkämpfen, die zu einer teilweisen Entparteiopolisierung des Zeitungsmarktes führten. Bis 1956 war noch mehr als 50% der gedruckten Tageszeitungen Parteipresse, aber bereits 1958 war ihr Anteil auf knapp 30% zurückgegangen (vgl. Rathkolb, 2005: 227). Dadurch wurde es möglich, dass sich jene Teile des Mediensystems, die sich weniger starken Systemkommunikationsprozessen mit dem politischen System ausgesetzt sahen, mit dem Umstand des Instrumentalisierungsverdachts beschäftigen konnten, der durch die Kommunikationsprozesse zwischen politischem System und den Rundfunkmedien aufgekommen war. Dieser Verdacht konnte durch die Analyse der Fernsehnachrichten im Jahr 1959 belegt werden, da dabei festgestellt wurde, dass im Zeitraum von September bis November nur 15% der politischen Berichte eine ausgeglichene Berichterstattung aufwiesen (vgl. Geschichte der Fernsehnachrichten, 2004: 7). Es wurde von den BeobachterInnen aus dem Subsystem der unabhängigen MedienmacherInnen entschieden, dass Handlungsbedarf bestand, da dieser Zustand für das Mediensystem selbst nicht mehr vertretbar war. Die VertreterInnen der Printmedien organisierten zu diesem

Öffentlich-rechtliche Medien und der österreichische Staat  
Eine historisch-systemische Betrachtung

Prandner  
Dimitri

Zeitpunkt aus dem Mediensystem heraus eine Unterschriftenaktion, mit der sie diesen Missstand an ihre eigene Öffentlichkeit, also ihre LeserInnen, kommunizierten. Die Gruppe von Printmedien, bestehend aus „Kurier“, „Kleine Zeitung“, „Wochenpresse“, „Salzburger Nachrichten“, „Die Presse“ und „Zukunft“, schaffte es so, mit einer Unterschriftenaktion 370.000 Personen zu erreichen, um ein Volksbegehren zur Rundfunkreform durchzusetzen (vgl. Rathkolb, 2005: 251).

Dies geschah vor dem Hintergrund der zweiten Evolutionsphase der modernen politischen Kommunikation, die das Fernsehen in den Mittelpunkt rückte und es konnte dadurch wirkungsvoller Druck auf das politische System ausgeübt werden mit dem Ziel, eine Umgestaltung des Rundfunks durchzusetzen (vgl. Plasser & Lengauer, 2010a: 20f). Die Mobilisierung von 832.353 ÖsterreicherInnen beim Rundfunkvolksbegehren von 1963 sollte ein deutliches Signal an die Politik sein, dass der laufende parteipolitische Einfluss auf den Rundfunk nicht weiter zu akzeptieren war. Hier tritt eine systemisch entscheidende Beobachtung auf. Nicht die Beobachtung der Systeminteraktion von politischem und massenmedialem System durch die zu diesem Zeitpunkt schwach ausgeprägte Öffentlichkeit führte zum Rundfunkvolksbegehren, sondern die Beobachtungen der Kommunikation des Mediensystems durch das Selbige (siehe auch Abbildung 2), um die Fremdinformation des politischen Systems in den systemischen Abläufen des Mediensystems sichtbar zu machen und zu identifizieren. Darauf aufbauend wurde wiederum durch die internen Operationen des Mediensystems der Kommunikationsprozess mit der Öffentlichkeit initiiert, indem der Aufruf zur Unterschriftenaktion geschah. Dadurch wurde die Distanz, die bei Massenmedien zwischen Sender und Empfänger existiert, mit Hilfe einer direkten Aktion überbrückt und eine bestimmte Information übermittelt, die keiner Interpretation durch die Empfänger bedurfte. Diese Information wurde von der Bevölkerung aufgenommen und als relevant eingestuft. Die Nachricht konnte dadurch weiter an das politische System getragen werden, auch wenn keine der Handlungen, die die Öffentlichkeit dabei gesetzt hat, durch Beobachtungen zweiter Ordnung entstanden sind. Die Handlung wurde durch die Systemoperationen der Massenmedien selbst initiiert und nutzt die Öffentlichkeit dabei rein als Transportmittel für die Botschaft der Massenmedien an die Politik. Dies zeigt eindeutig, dass die Öffentlichkeit zu diesem Zeitpunkt nicht in der Lage war die laufenden Prozesse durch Beobachtung entsprechend zu gewichten.



**Abbildung 2: Verlauf der Systemkommunikation, die zum Rundfunkvolksbegehren führte**

Die auf das Volksbegehren folgende Rundfunkreform von 1966 brachte dann eine erste Erweiterung des Aktionsradius des öffentlichen Fernsehens und wurde von den Akteuren, vor allem von Generalintendant Gerd Bacher, aus dem System heraus für eine zu diesem Zeitpunkt neue Art der Informationscodierung genutzt. Nach Aussagen von Bacher war sein Ziel, damit die Aufklärung der Öffentlichkeit zu erreichen. Konsequenz der Ereignisse war aber, dass der Wunsch zur erneuten Instrumentalisierung des Rundfunks innerhalb des politischen Systems wieder stärker wurde. Der gefühlte Kontrollverlust der Akteure im politischen System wurde größer, während zeitgleich die Programmpolitik des neugestalteten öffentlichen österreichischen Fernsehens bei der Bevölkerung auf Akzeptanz stieß. Eine Rückkehr zum vorherigen Modus operandi war dadurch unmöglich, der Zustand aus Sicht der Vertreter des politischen Systems aber zunehmend immer weniger ertragbar. Dies löste starke Spannungen zwischen dem politischen System und dem öffentlich-rechtlichen Mediensystem aus, da der politische Zugriff zwar limitiert, aber freilich nicht unterbunden war (vgl. Ergert et al., 1985: 112).

Die Reaktion auf diesen Prozess ist im darauf folgenden Aufkommen von Medienpolitikern zu sehen. Die Öffentlichkeit hatte sich an die neue Art der Nachrichtengestaltung gewöhnt, das Fernsehen wurde unter den zur Verfügung stehenden Medien am häufigsten als objektiv bewertet und hatte mit 1976 den Höhepunkt seiner Glaubwürdigkeitswerte in Österreich erreicht. Zu diesem Zeitpunkt stuften 66% der Bevölkerung das Fernsehen als zuverlässigste politische Informationsquelle ein, obwohl es nur den öffentlich-rechtlichen Anbieter gab (vgl. Rathkolb, 2005: 253f). Die Arbeit mit dem Medium beeinflusste den Alltag der Politiker dahingehend, dass nun die Selbstpräsentation und -inszenierung mehr in den Mittelpunkt gerückt wurde, um über das Medium möglichst positive Informationen an die Öffentlichkeit auszusenden. Diese Umorientierung war darin begründet, dass die neue Art der

Informationscodierungspolitik des Rundfunks von Seiten der Politik vorerst nicht ohne Widerstand gestoppt werden konnte und man sich mit diesen neuen Gegebenheiten arrangieren musste.

## **6. Die erneuten Stärkung des politischen Einflusses**

Als der ORF 87.000 Personen in Folge des Rummels um den von den olympischen Spielen von 1972 ausgeschlossenen Skifahrer Karl Schranz mobilisiert wurde sich Kreisky jedoch bald der Problematik der Mobilisierungsmacht des ORF bewusst und deshalb entwickelte der medienbewusste Politiker eine starke Abneigung gegen den damaligen Status Quo des Fernsehens in Österreich (vgl. Rathkolb, 2005: 256). Die Bilder dieses Ereignisses, das die Medienmacht aufzeigte, riefen bei Kreisky Erinnerungen an die Massenmobilisierungen durch totalitäre Propaganda aus den 1930er Jahren hervor. Die staatliche Kontrolle über den ORF musste aus seiner Sicht erneut gestärkt werden, um Massenmobilisierungen durch die Medien verhindern zu können (vgl. Rathkolb, 2005: 253ff).

Dabei kam es erneut zum Aufbegehren des Mediensystems und zu Unstimmigkeiten zwischen Staat und Mediensystem, aber nicht zu einem Aufbegehren der Öffentlichkeit. Die Akteure im Mediensystem verwiesen hierbei auf Entscheidungen, die gegen den Sinn des Volksbegehrens von 1966 waren und die Opposition sah eine erneute staatliche Vereinnahmung des ORF (vgl. Die österreichische Rundfunk-Chronik, 2010 (4)). Es stellt sich die Frage, ob die Sendergestaltung des angeblich objektiveren ORF versagt hat, eine kritische politische Öffentlichkeit zu schaffen oder ob die staatlichen Eingriffe einen entstehenden Aufklärungsprozess mit diesem Zugriff unterbanden. In diesem Zeitabschnitt ersetzte auch Gerd Bacher durch Otto Oberhammer, der den Fokus von Information auf Unterhaltung legte (vgl. Rathkolb, 2005: 253ff). Die Konstruktion einer politisch interessierten, kritischen, mündigen Öffentlichkeit durch das Leitmedium Fernsehen war somit weiter unterbunden. Auch in den Jahren nach Bachers Rückkehr wurden nicht politische Debatten über die Ausgestaltung der strukturellen Kopplung des ORF an das politische System in das Zentrum gestellt, sondern die vom Markt geforderte Programm- und Senderentwicklung.

Erst 1993 kam es zu einer erneuten Änderung der Gesetzeslage. In diesem Jahr wurde in Österreich mit starker Verspätung ein duales Rundfunksystem eingeführt, nachdem bereits der europäische Gerichtshof für Menschenrechte festhielt, dass eine TV-Landschaft, wie Österreich sie aufwies, nicht EU-konform ist (vgl. Käfer, 2008: 49). Konsequenz daraus war, dass sowohl öffentlich-rechtliche und private RundfunkanbieterInnen auf dem Markt in Österreich antreten können, wobei erst durch das Kabel- und Satelliten-Rundfunkgesetz aus 1997 das Fernsehmonopol in Österreich offiziell aufgelöst wurde (vgl. RiS, 2010: Fundstelle: Bundesgesetzblatt Nr. 42/1997). Trotzdem dauerte es weitere sechs Jahre bis 2003 mit A-TV ein privater TV-Sender startete.

Erneute Kritik über den Zustand des ORF kam 2001, als eine weitere Revision des Rundfunk- und ORF-Gesetzes durchgeführt wurde. Bei der Reform wollten die beteiligten Akteure durch die Gründung von Stiftungsrat und Publikumsrat auf den Kritikpunkt der politischen Abhängigkeiten reagieren und es dürfen in beide Gremien bis heute keine aktiven PolitikerInnen aufweisen und sollten unabhängig agieren können. (vgl. Käfer, 2008: 75f) Aber derzeit sind fünfzehn Stiftungsräte in einem Naheverhältnis zur SPÖ; zwölf Mitglieder mit der ÖVP assoziiert werden und den Grünen, der FPÖ, der FPK und dem BZÖ wird jeweils ein Mitglied zugerechnet. Somit gelten in Summe nur vier Stiftungsräte von 35 als unabhängig (vgl. „Der Standard“, 2010 (5)).

Aber auch nach dieser Reform und der Gründung der Räte kam es zu keinem Aufbegehren oder Aktionismus der Öffentlichkeit. Zwar wurden die Stimmen über den Zugriff der Politik auf den ORF bis 2006 immer lauter, jedoch kamen die Meldungen erneut aus den politischen und den massenmedialen Systemen. Beispiele hierfür sind ein Dringlichkeitsantrag von Alexander Van der Bellen (vgl. Die Grünen, 2006 (6)), der die Beeinflussung des ORF im Nationalrat zum Thema machte, und die Gründung von „SOS ORF“ durch ORF-MitarbeiterInnen.

Die Situation konnte wie eingangs angesprochen bis heute nicht entschärft werden. „SOS ORF“ ist bis heute aktiv und fand in der Plattform „Rettet den ORF“ weitere Unterstützung. Beide Organisationen sind aus dem Mediensystem hervorgegangen und nicht durch die Öffentlichkeit initiiert worden.

## 7. Ergebnis der historischen Analyse und Konsequenzen

Trotz der Ausgestaltung der Massenmedien und den damit einhergehenden Prozessen einer hochentwickelten Mediendemokratie, ist die Öffentlichkeit in Österreich hinsichtlich der Kommunikationsprozesse von politischem System und Massenmedien niemals aktiv geworden. Dies spricht für die Annahme der am Ende von Kapitel 4 formulierten Hypothese, dass die Öffentlichkeit sich nicht für den Bestand einer unabhängigen öffentlich-rechtlichen Berichterstattung einsetzt.

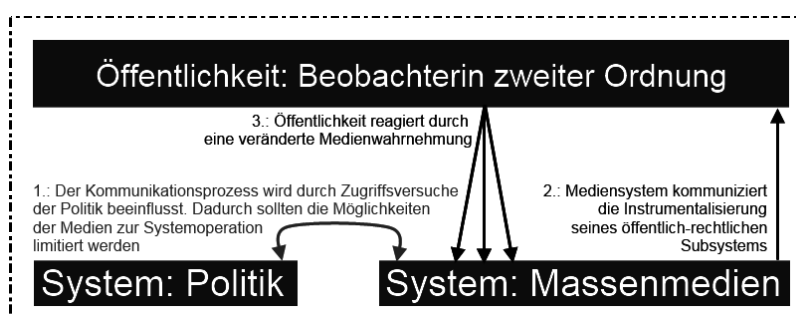


Abbildung 3: Derzeitige Situation der Systemkommunikation

Diese historisch geleitete Beobachtung lässt sich damit begründen, dass die breite Masse an EmpfängerInnen durch ihr Leitmedium nicht ausreichend für die Wahrnehmung der Verknüpfung von politischem System und Massenmedien sensibilisiert wurde. Daher können sie die problematischen Zustände im öffentlich-rechtlichen Programmangebot des ORF nicht ausreichend differenziert wahrnehmen, wie es durch eine qualifizierte Beobachtung zweiter Ordnung möglich wäre. Und nur so würde die Möglichkeit bestehen, die fortlaufenden Prozesse zu hinterfragen und Veränderung in der Systemkommunikation einzufordern, aber die Öffentlichkeit kann nur die Informationen über die Kommunikation aus dem massenmedialen System aufnehmen. Die durch die Massenmedien gewonnenen Informationen über die Zugriffs- und Beeinflussungsproblematik schlagen sich daher in anderen Bereichen nieder, wie Schwund an Nutzungszeit und sinkendes Vertrauen in die Massenmedien zeigen.<sup>4</sup>

<sup>4</sup> Bei einer Studie der Europäischen Kommission im Jahr 2007 haben 72% der befragten ÖsterreicherInnen das Medium Fernsehen als solches als vertrauenswürdig eingestuft. Diese Einstufung lag 20% über dem EU-27-Durchschnitt (vgl. Plasser & Lengauer, 2010a: 27). Dies bedeutet, dass sich die Öffentlichkeit in diesem Punkt, trotz starkem Aktivismus von politischen und massenmedialen Systemen im selben Zeitraum, wenig davon beirren ließ und großes Vertrauen in das Leitmedium hatte. Zusätzlich aber war ein anderer Effekt erkennbar: Das

Dies sind Reaktionen gegenüber dem System der Massenmedien und nicht gegenüber dem politischen System, wie auch in Abbildung 3 skizziert ist. So wird auch sichtbar, dass die Kommunikationsprozesse der Öffentlichkeit über das Mediensystem erfolgen und nicht durch eigenständige Handlungen, die direkt auf das politische System wirken.

Während es also niemals zu einem direkten Aufbegehren durch eine kritische Öffentlichkeit kam, ist zu beobachten, dass das Medium nicht nur einen generellen Nutzungsschwund erfährt, sondern auch seine Funktion als politischer Informationsgeber für die mediale Öffentlichkeit immer mehr verliert. Dieser Fakt lässt sich nach einer Analyse der historischen Ereignisse nicht über die starken Zugriffsversuche argumentieren, da diese seit Gründung des ORF stattfinden. Auch die naheliegende Vermutung, dass dieser Trend durch die weitreichende Verbreitung von Internetzugängen und die damit steigende Nutzung von Onlinediensten, die bequem und jederzeit nach den eigenen Bedürfnissen nutzbar sind, ausgelöst wurde kann widerlegt werden. Denn 2009 waren Internetnutzung und -Recherche nur für 4% der österreichischen Bevölkerung die wichtigsten politischen Informationsquellen und neben dem Medium des Fernsehens mit 51% Tageszeitungen für 27% der Bevölkerung die wichtigsten Informationsquellen darstellen (vgl. Plasser & Lengauer, 2010a: 26f).<sup>5</sup> Dies bedeutet in Summe, dass auch bei großen Nutzungszahlen und großer Reichweite nicht unbedingt ein Einfluss auf die politische Realität der BürgerInnen gegeben sein muss.

Zusammenfassend erscheint es unrealistisch, dass die Beobachtungen zweiter Ordnung durch die Öffentlichkeit einen kritischen Teil eben dieser mobilisieren, um einen Kommunikationsprozess zu beginnen, der die politischen und massenmedialen Systeme bei Instrumentalisierungsversuchen ausreichend kritisiert. Akteure, die außerhalb der politischen und massenmedialen Systeme stehen, werden nicht in der Position sein, aktive Versuche zu unternehmen, um für eine (erweiterte) Unabhängigkeit des ORF einzutreten. Es wird weiterhin der Zwang zu einer Selbstthematizierung des Mediensystems bestehen, um die Funktionsfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Teilsystems zu überprüfen. Die Ergebnisse dieser Selbstthematizierung werden immer wieder über die etablierten Kanäle der Massenmedien an die Öffentlichkeit kommuniziert, wie es schon in der Vergangenheit der Fall war. Dies führt wiederum bei den EmpfängerInnen zu Veränderungen in ihrer

---

Vertrauen in das Medium Fernsehen als politische Informationsquelle sank im Zeitraum von 1989 bis 2003 von 56% auf 51% und die Nutzung von Fernsehen als primäres Informationsmedium von 1989 bis 2009 gar von 64% auf 51% (vgl. Plasser & Lengauer, 2010a: 27).

<sup>5</sup> Daten erhoben durch GfK Austria, AUTNES-POST-POST-Election Survey 2009

Wahrnehmung der Massenmedien, wie anhand der Veränderung von Nutzungstendenzen und Vertrauenswerten in vorherigen Ausführungen dargelegt wurde. Aber aufgrund des Sonderstatus der Medien, die als Orientierungs- und Desorientierungsmittel dienen, wird dieser Veränderungsprozess durch die immer weiter reichende Verbreitung und des quantitativen Anstiegs der Rezeption von Medien auf eine historisch neuartige Weise beschleunigt werden (vgl. Ludes, 1995: 66), wie die immer rascher abfolgende Thematisierung der Instrumentalisierungsproblematik im Mediensystem zeigt. Somit wird der Bereich der Instrumentalisierung zukünftig wesentlich stärker im Systemdialog aller beteiligten Systeme und BeobachterInnen verankert sein. Erkennbar ist dies an den immer schneller erfolgenden öffentlichen Aussagen und Auftritten diesbezüglich durch die Akteure des Mediensystems. Es kommt jedoch aufgrund der gegebenen österreichischen Rahmenbedingungen nicht zu einer Ermächtigung der Bevölkerung durch das ORF-Angebot, da es der Öffentlichkeit nicht hilft, eine „kritische Meinung“ zu bilden. Sie wird nur vom Mediensystem immer schneller darüber informiert, dass ihr Leitmedium nicht in der Lage ist dazu beizutragen, sie in mündige BürgerInnen zu verwandeln, da es sich permanenten Instrumentalisierungsversuchen ausgesetzt sieht.



## 8. Literatur und Quellenverzeichnis

### Monographien, Sammelbandbeiträge und Zeitschriftenartikel

**Duffek, Karl A. (2007)**

Politische Kommunikation im Kontext defizitärer Öffentlichkeit

In: Filzmaier, Peter / Plainker, Peter / Duffek, Karl A. (Herausgeber)

Mediendemokratie Österreich

Wien, 2007;

Böhlau Verlag Ges. m.b. H. und Co.Kg.

**Ergert, Viktor / Andrics Hellmut / Kriechbaumer, Robert (1985)**

50 Jahre Rundfunk in Österreich - Band IV,

Salzburg, 1985;

Residenzverlag

**Filzmaier, Peter / Karmasin, Matthias / Klepp, Cornelia (Herausgeber)**

Politik und Medien X Medien und Politik

Wien, 2006;

Facultas Verlags- und Buchhandels AG

**Filzmaier, Peter (2006)**

Wag the Dog? Amerikanisierung der Fernsehlogik und mediale Inszenierung in Österreich

In: Filzmaier, Peter / Karmasin, Matthias / Klepp, Cornelia (Herausgeber)

Politik und Medien X Medien und Politik

Wien, 2006;

Facultas Verlags- und Buchhandels AG

**Filzmaier, Peter (2007)**

Rahmen und Grundregeln politischer Kommunikation

In: Filzmaier, Peter / Plainker, Peter / Duffek, Karl A. (Herausgeber)

Mediendemokratie Österreich

Wien, 2007;

Böhlau Verlag Ges.m.b.H. und Co.Kg

**Karmasin, Matthias (2006)**

Die gesteuerten Selbstläufer: Kommunikationswissenschaftliche Anmerkungen zum komplexen Verhältnis von Medien und Politik

In: Filzmaier, Peter / Karmasin, Matthias / Klepp, Cornelia (Herausgeber)

Politik und Medien X Medien und Politik

Wien, 2006;

Facultas Verlags- und Buchhandels AG

**Käfer, Patricia (2008)**

Medien und Politik – Politiker brauchen Medien. Wie sieht die Medienlandschaft in Österreich aus?

in: Hüffel, Clemens / Plasser, Fritz / Ecker, Dietmar (2008)

Medien und Politik

Wien, 2008;

Holzhausen, der Verlag

**Kamps, Klaus (2006)**

Aufbruch und Erneuerung? Zur Professionalisierung politischer Kommunikation in der Ministerialbürokratie

In: Filzmaier, Peter / Karmasin, Matthias / Klepp, Cornelia (Herausgeber)

Politik und Medien X Medien und Politik

Wien, 2006;

Facultas Verlags- und Buchhandels AG

**Ludes, Peter (1995)**

Langfristige Medienentwicklungen. Zu ihrer Analyse im Lichte der Theorien von Stein Rokkan und Norbert Elias.

In: Historical Social Research; Jahrgang 20, 1995, Heft 2;

Herausgegeben von: Zentrum für historische Sozialforschung, Köln

**Luhmann, Niklas (1999)**

Öffentliche Meinung und Demokratie

In: Marsch, Rudolf / Werber, Niels (Herausgeber)

Kommunikation, Medien, Macht

Frankfurt am Main, 1999;

Suhrkampverlag

**Luhmann, Niklas (2004)**

Die Realität der Massenmedien, 3. Auflage

Wiesbaden, 2004;

VS Verlag für Sozialwissenschaften

Erste Auflage: 1995

**Plasser, Fritz / Lengauer, Günther (2010a)**

Die österreichische Medienarena: Besonderheiten des politischen Kommunikationssystems

In: Plasser, Fritz (Herausgeber)

Politik in der Medienarena – Praxis politischer Kommunikation in Österreich

Wien, 2010;

Facultas Verlags- und Buchhandels AG

**Plasser, Fritz / Lengauer, Günther (2010b)**

Politik vor Redaktionsschluss: Kommunikationsorientierungen von Macht- und Medieneliten in Österreich

In: Plasser, Fritz (Herausgeber)

Politik in der Medienarena – Praxis politischer Kommunikation in Österreich

Wien, 2010;

Facultas Verlags- und Buchhandels AG

**Rager, Günther / Werner, Petra / Oestmann, Inken (1999)**

Medien: Technische Apparate, Institutionen, Symbolsysteme.

In: Kölner Psychologische Studien: Beiträge zur natur-, kultur-, sozialwissenschaftlichen Psychologie;

Jahrgang 4, 1999, Heft 1;

Herausgegeben von: Norbert Groeben, Köln

**Rathkolb, Oliver (2005)**

Die paradoxe Republik – Österreich 1945 bis 2005

Wien, 2005;

Paul Zsolnay Verlag Wien

**Sarcinelli, Ulrich (2004)**

Politische Kommunikation in Deutschland: Zur Politikvermittlung im demokratischen System

Wiesbaden, 2004;

VS Verlag für Sozialwissenschaften

**Weis, Gerhard (2007)**

FAQs zum Thema ORF: Was Sie immer schon über den ORF wissen wollten.

In: Filzmaier, Peter / Plainker, Peter / Duffek, Karl A. (Herausgeber)

Mediendemokratie Österreich

Wien, 2007;

Böhlau Verlag Ges.m.b.H. und Co.Kg

## Gesetzestexte

**Bundesgesetz, mit den Bestimmungen über den Kabel- und Satellitenrundfunk erlassen werden (Kabel- und Satelliten-Rundfunkgesetz)**

RiS, 2010: Fundstelle:

Bundesgesetzblatt Nr. 42/1997

[http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1997\\_42\\_1/1997\\_42\\_1.pdf](http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1997_42_1/1997_42_1.pdf)

**Bundesgesetz, mit dem das KommAustria-Gesetz geändert wird**

RIS, 2010 - Fundstelle:

Bundesgesetzblatt Nr. 134/2009

[http://ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA\\_2009\\_I\\_134/BGBLA\\_2009\\_I\\_134.pdf](http://ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2009_I_134/BGBLA_2009_I_134.pdf)

**Bundesgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz, das KommAustria-Gesetz, das Telekommunikationsgesetz 2003, das Verwertungsgesellschaftengesetz 2006, das ORF-Gesetz, das Privatfernsehgesetz, das Privatradiogesetz und das Fernseh-Exklusivrechtegesetz geändert werden**

RIS, 2010 - Fundstelle:

Bundesgesetzblatt Nr. 50/2010

[http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA\\_2010\\_I\\_50/BGBLA\\_2010\\_I\\_50.pdf](http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2010_I_50/BGBLA_2010_I_50.pdf)

## **Weblinks**

*Der Standard (2010)*

### **Der Standard: Stiftungsrat komplett**

(5) <http://derstandard.at/1263706587860/ORF-Gremien-Stiftungsrat-komplett>

Aufruf am: 11.09.2010

*Die Grünen (2006)*

### **Die Unabhängigkeit und Objektivität des ORF muss sicher gestellt werden**

(6) <http://www.gruene.at/medien/artikel/lesen/7698/>

Aufruf am: 11.09.2010

*Mediaresearch (2008)*

### **Motive Fernseh- vs. Internet-Nutzung**

[http://mediaresearch.orf.at/c\\_studien/Studie%20Nutzungsmotive%20TV%20Internet.pdf](http://mediaresearch.orf.at/c_studien/Studie%20Nutzungsmotive%20TV%20Internet.pdf)

Durchgeführt von TNS Infratest; Aufruf am: 11.09.2010

*Medienforschung ORF (2010)*

### **Die österreichische Rundfunk-Chronik**

(4) [http://mediaresearch.orf.at/index2.htm?links/links\\_chronik.htm](http://mediaresearch.orf.at/index2.htm?links/links_chronik.htm)

Aufruf am: 11.09.2010

*Medienforschung ORF (2010)*

### **Nutzungszeiten**

(1) [http://mediaresearch.orf.at/c\\_fernsehen/console/console.htm?y=1&z=2](http://mediaresearch.orf.at/c_fernsehen/console/console.htm?y=1&z=2)

Aufruf am: 11.09.2010

Langbacher, Wolfgang (2009)

### **Die Presse: Der novellierte ORF – ein Staatsfunk**

(2) <http://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/528378/print.do>

In: „Die Presse“, 16.12.2009

Aufruf am: 11.09.2010

*SOS-ORF (2009)*

### **17.05.2006 - Armin Wolf**

(3) [http://www.sos-orf.at/show\\_content2.php?s2id=6](http://www.sos-orf.at/show_content2.php?s2id=6)

Aufruf am: 11.09.2010

*Universität Wien - Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte & Institut für Geschichte (2004)*

### **Geschichte der Fernsehnachrichten**

[www.univie.ac.at/gonline/htdocs/upload/File/import/595.pdf](http://www.univie.ac.at/gonline/htdocs/upload/File/import/595.pdf)

Aufruf am: 11.09.2010